



**Nationale Armutskonferenz**

# **Armut in Deutschland bekämpfen**

**Forderungen der Nationalen Armutskonferenz (nak)**

## **Armut in Deutschland bekämpfen – Forderungen der Nationalen Armutskonferenz**

Seit 1998 ist die Armut in Deutschland deutlich gestiegen. Auch in Zeiten guter Konjunktur gelingt es nicht, das Armutsrisiko nachhaltig zu senken. Der Abbau von Arbeitslosigkeit führt nicht zum Rückgang von Armut, sondern zu steigender prekärer Beschäftigung. Die Situation von Langzeiterwerbslosen, Alleinerziehenden, Wohnungslosen, Kindern im Grundsicherungsbezug und Menschen in Altersarmut (vor allem Frauen) wird nicht verbessert.

Die Nationale Armutskonferenz (nak) hat im Dezember 2012 in ihrem viel beachteten Schattenbericht zur Armut in Deutschland Klartext geredet. Der Schattenbericht hebt sich vom Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dadurch ab, dass er die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht beschönigt und dass in ihm Menschen zu Wort kommen, die selbst von Armut betroffen sind.

Im Schattenbericht zeigt die nak Wege aus der Armut auf und leitet aus den Berichten der betroffenen Menschen politische Forderungen ab. Diese sind hier noch einmal in Kürze zusammengefasst. Den Schattenbericht finden Sie auf unserer Website [www.nationale-armutskonferenz.de](http://www.nationale-armutskonferenz.de)

# Armut **trotz** **Arbeit** verhindern

**„Working poor“ ist in Deutschland kein Fremdwort mehr. Immer mehr Menschen sind arm, obwohl sie erwerbstätig sind. Schuld daran sind prekäre und unsichere Arbeitsverhältnisse. In Deutschland arbeitet mittlerweile fast jede und jeder Vierte für einen Niedriglohn.**

- Die **naK** fordert die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und vor Altersarmut schützen.
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen abgeschafft werden. Tarifliche, sichere und sozialversicherte Arbeitsplätze müssen die Norm werden.
- Keine Sanktionen für Leistungsberechtigte in der Grundsicherung, die nicht existenzsichernde Vollzeitarbeit oder Ein-Euro-Jobs ablehnen.

Bedarfsgerechte  
**Regelleistung**  
sichern

**Hartz IV reicht nicht zum Leben. Trotz Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 wurden die Bedarfe nicht transparent, sach- und realitätsgerecht ermittelt. Die Umsetzung der Grundsicherung ist kein Almosen, sondern muss die Menschenwürde achten.**

- Der Regelsatz bzw. die Grundsicherungsleistungen müssen sachgerecht ermittelt und damit deutlich erhöht werden.
- Wohnen und Grundbedarfe für Kleidung, Nahrung und ein Mindestmaß an sozialer und kultureller Teilhabe dürfen nicht sanktioniert werden.
- Für notwendige größere Anschaffungen wie Kühlschrank oder Waschmaschine müssen wieder Zuschüsse gewährt werden

# Armut von **Familien** bekämpfen

**Jedes siebte Kind unter 15 Jahren lebt in Deutschland in Armut, in Ostdeutschland sogar jedes vierte. Armut bedeutet dabei aber nicht nur materielle Entbehrung. Armut wirkt sich auch auf Bildungswege, Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und auf die Gesundheit aus.**

- Die materielle Lage einkommensarmer Familien muss durch eine bedarfsgerechte Berechnung der Regelsätze und eine eigenständige Existenzsicherung von Kindern und Jugendlichen verbessert werden.
- Das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert und muss reformiert werden. Stattdessen muss in die soziale und familienpolitische Infrastruktur investiert werden, um eine Teilhabe der betroffenen Kinder und Jugendlichen am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

**Wohnungsnot** bekämpfen  
- bezahlbaren  
**Wohnraum** schaffen

**Immer mehr Menschen leben ohne Wohnung oder sind akut von Wohnungslosigkeit bedroht. Gründe dafür sind v.a. die steigenden Mietpreise und der Abbau des sozialen Wohnungsbaus.**

- Die Kosten von Wohnraum müssen durch eine klare Steuerung von Mietpreisen und Mietobergrenzen gesenkt werden.
- Strom- und Gassperren müssen verhindert und die tatsächlichen Energiekosten und Hilfen für energiesparende Geräte Teil der Grundsicherung werden.
- Der soziale Wohnungsbau muss wieder im erforderlichen Umfang sichergestellt werden, so dass arme und wohnungslose Menschen Zugang zu Wohnraum erhalten.

# Krankheit durch Armut verhindern

**Arme Menschen sterben früher! Armut bedeutet nicht nur Entbehrung von Konsumgütern. Armut bedeutet häufig auch physisches und psychisches Leid, höhere Erkrankungsraten und eine signifikant geringere Lebenserwartung.**

- Menschen in Armut müssen von Zuzahlungen bei Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln – wie z.B. bei Zahnprothesen, Seh- und Hörhilfen – befreit werden. Es dürfen keine weiteren Zuzahlungen und Sonderbeiträge erhoben werden.
- Härtefallregelungen für den Kauf notwendiger, aber nicht mehr verschreibungspflichtiger Medikamente müssen erweitert werden.
- Freie Fahrt zum Arzt: Insbesondere Kinder, ältere Menschen sowie ihre Angehörigen müssen kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrem Arzt fahren können.

# Asylbewerber- leistungsgesetz abschaffen

**Die Geldleistungen für Asylbewerber sind „evident unzureichend“. So begründet das Bundesverfassungsgericht sein Urteil vom 18. Juli 2012 und forderte die Bundesregierung zum Handeln auf.**

- Das Asylbewerberleistungsgesetz ist mit dem Grundrecht auf Menschenwürde unvereinbar und muss abgeschafft werden.
- Die Residenzpflicht verstößt gegen das Recht auf Freizügigkeit und gehört ebenfalls abgeschafft.
- Asylbewerbern ist der gleichberechtigte Zugang zu Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II und XII und zu Arbeit und Ausbildung zu gewähren.



# Altersarmut

verhindern

**Die Altersarmut in Deutschland nimmt zu. In wenigen Jahren wird das Alter eines der größten Armutsrisiken sein. Die nak geht von einer Vervierfachung der Altersarmutsquote von derzeit 2,5 Prozent auf über zehn Prozent in den nächsten Jahren aus.**

- Erziehungs-, Pflegezeiten und Phasen der Erwerbslosigkeit müssen für die Berechnung der Rente anerkannt werden.
- Um effektiv vor Altersarmut zu schützen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir eine gesetzliche Mindestrente, wenn es nicht möglich ist, eine auskömmliche Rente zu erarbeiten.



## Nationale Armutskonferenz

### **Nationale Armutskonferenz (nak)**

c/o Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.  
Joachim Speicher (V.i.S.d.P.)  
Wandsbeker Chaussee 8  
22089 Hamburg

Tel.: 040/415201-64

Fax: 040/415201-90

E-Mail: [info@nationale-armutskonferenz.de](mailto:info@nationale-armutskonferenz.de)

[www.nationale-armutskonferenz.de](http://www.nationale-armutskonferenz.de)

### **Mitglieder der nak:**

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Armut und Gesundheit in Deutschland, BAG Schuldnerberatung, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, BAG Wohnungslosenhilfe, Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen, Bundesverband Die Deutsche Tafel e.V., Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Caritasverband, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, BAG der Landesseniorenvertretungen, Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.

### **Sprecherkreis:**

Joachim Speicher	Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Sprecher)
Werena Rosenke	Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (stellv. Sprecherin)
Michael David	Diakonie Deutschland (stellv. Sprecher)
Kurt Klose	Beratungszentrum Bramloge (stellv. Sprecher)

August 2013